

## Tarifrunde 2009

### Soziale Arbeit ist mehr wert!



Anfang des Jahres steht erstmalig nach dem langen Streik 2006 wieder eine Tarifrunde für die Beschäftigten der Länder an. Wie üblich wurden die Forderungen in den Betrieben diskutiert und an die Landesbezirke weitergegeben. Ausgehend von diesen Ergebnissen hat die Bundestarifkommission am 9.12.2008 einstimmig folgende Forderung beschlossen:

- **8% Lohnerhöhung, mindestens jedoch 200 Euro mehr (nicht als Einmalzahlung, sondern jeden Monat)**
- **120 Euro mehr für die Auszubildenden**
- **12 Monate Laufzeit.**

Damit wurde für die Länder genau die gleiche Forderung gestellt, die letztes Jahr für Bund und Kommunen aufgestellt worden ist. Was dabei raus gekommen ist, kann in nebenstehendem Kasten nachgelesen werden.

Allerdings war dieses gute Ergebnis bei Bund und Kommunen nicht auf dem Verhandlungswege zu erreichen. Schon die Verhandlungen wurden von Warnstreiks begleitet. Nachdem die Verhandlungen gescheitert waren und die Bundestarifkommission den Schlichterspruch abgelehnt hatte, kam es zu weiteren massiven Warnstreiks. Diese Warnstreiks waren so eindrucksvoll, dass sie ihren Zweck erfüllt haben: Sie haben den Arbeitgebern gezeigt, dass die Belegschaften entschlossen waren, eine wirksame Erhöhung notfalls auch im Erzwingungsstreik durchzusetzen.

#### Tarifabschluß 2008 TVÖD (Gemeinden) Anlage 2 Besondere Regelungen für Krankenhäuser

1. Die Tabellenentgelte erhöhen sich
  - a) ab 1. Januar 2008 (Tarifgebiet Ost: ab 1. April 2008) um 50 Euro sowie anschließend um 1,6% und
  - b) ab 1. Januar 2009 um weitere 4,3 %
2. Die Beschäftigten erhalten im Tarifgebiet West kein Leistungsentgelt gem. § 18 Abs. 3 TVöD.
3. Die monatlichen Ausbildungsentgelte der Auszubildenden nach TVAöD - Besonderer Teil Pflege - werden ab 1. Januar 2008 um 70 Euro erhöht.
4. Regelungen zur Verlängerung des Übergangsrechts des TVÜ (hier nicht abgedruckt)

Daraufhin lenkten die Arbeitgeber endlich ein.

Wird die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) daraus lernen? Es darf bezweifelt werden. Möllring tönte in altbekannter Weise, dass ein Abschluss wie bei Bund und Kommunen nicht bezahlbar wäre und die Länder auch einen Streik in Kauf nehmen würden. Offenbar gehen sie davon aus, dass die traditionell schlecht organisierten Beschäftigten der Länder nicht die gleiche Entschlossenheit zeigen wie ihre Kolleginnen und Kollegen bei Bund und Kommunen.

**Es ist an uns, sie vom Gegenteil zu überzeugen!**

#### Hallo Kolleginnen und Kollegen,

harte Zeiten liegen hinter uns, und vermutlich noch härtere vor uns. Wir Beschäftigten der Universitätsmedizin Göttingen (UMG) müssen uns an mehreren Fronten wehren: Gegen die Pläne des Vorstands, immer mehr Bereiche auszugründen, um Löhne massiv abzusenken, und die VBL für alle auszusetzen.

Gleichzeitig sind wir am Anfang der Tarifrunde des Tarifvertrags der Länder (TVL). Und Möllring, wie schon 2006 wieder der Oberverhandler der Arbeitgeber, hat schon angekündigt, gegen eine angemessene Lohnerhöhung zu kämpfen. Diese beiden Themen bilden den Schwerpunkt dieser Zeitung.

Die Situation bietet aber auch Chancen. Die Heftigkeit der Auseinandersetzung um die Ausgründung der Gastronomie und die solidarische Beteiligung von (noch) nicht betroffenen Kolleginnen und Kollegen an den Protesten hat den Vorstand offensichtlich überrascht. Gleichzeitig wächst der politische Druck, die Ausgründung der Gastronomie zurückzunehmen und die Einheit der Klinikbelegschaft nicht zu zerstören.

Jetzt mit der Tarifrunde haben wir die Möglichkeit, dem Vorstand offensiv als gesamte Belegschaft klar zu machen, dass wir seine Pläne uns zu spalten, nicht hinnehmen werden. Wir können zeigen, dass wir in der Lage sind, gemeinsam zu handeln, für unsere Arbeitsbedingungen zu kämpfen und unsere Interessen durchzusetzen. Es geht also um viel mehr als „nur“ die Tarifrunde.

Deshalb: Kommt zu den gewerkschaftlichen Treffen! Dort entwickeln wir gemeinsam eine wirkungsvolle Strategie, um Verschlechterungen unserer Arbeitsbedingungen abzuwenden und unsere Interessen offensiv durchzusetzen! Mobilisiert Eure Kolleginnen und Kollegen und beteiligt Euch an den kommenden Aktionen und Arbeitskämpfmaßnahmen! Weitere Informationen zu aktuellen Entwicklungen an unserer Klinik findet Ihr im Internet:

[www.respekt-im-uniklinikum.de](http://www.respekt-im-uniklinikum.de)



Bei Fragen und Kritik, mit Vorschlägen für Artikel etc. wendet Euch bitte per E-Mail an: [gst.goettingen@verdi.de](mailto:gst.goettingen@verdi.de)  
Eure Vertrauensleuteleitung

Eine Veröffentlichung der ver.di-Betriebsgruppe des Klinikums • v.i.S.d.P.: Horst Roth, ver.di Göttingen, Groner-Tor-Str. 32, 37073 Göttingen

# Ausgründungen und andere Pläne des Vorstandes

## Ausgründung Gastronomie

Bereits 2006 wurde die Gastronomie-GmbH gegen unseren Widerstand gegründet. Damals war davon die Rede, dass es sich nur um wenige Beschäftigte handeln sollte. Es ist traurig, dass manche unserer Artikel auch nach langer Zeit immer noch brandakutell sind. Aus gegebenem Anlass eine Originalpassage aus unserer Ausgabe im Sommer 2007:

### „Altes Rezept...“

Die Strategie ist nicht neu und leicht durchschaubar: Spalte die Belegschaft und klau ihnen nach und nach den Lohn. Das Rezept ist immer gleich:

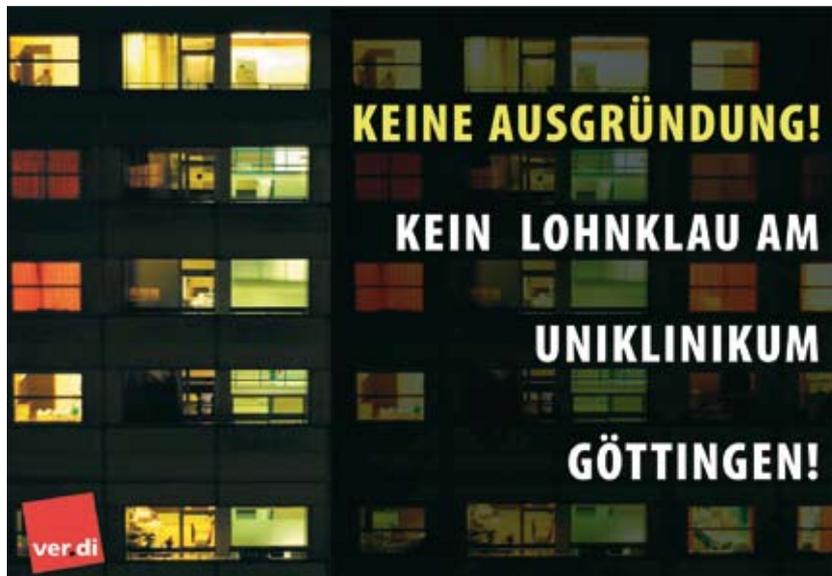
1. Verkünde die Lohnkürzung und sag den unbefristeten Beschäftigten, sie seien nicht betroffen, für sie werde sich nichts ändern. Hoffe darauf, dass sie dir glauben.
2. Verlängere die Verträge der befristeten Beschäftigten nicht. Biete ihnen Arbeit bei der GmbH an, natürlich mit viel weniger Lohn. Die meisten haben keine Wahl und müssen annehmen.
3. Fang mit wenig Betroffenen an, am besten ganz frisch eingestellten, die wehren sich am wenigsten.
4. Warte ein kleines Weilchen, bis viele Menschen unter die verschlechterten Bedingun-

gen fallen, dann kannst du auch dem Rest (dem du am Anfang die Versprechungen gemacht hast) den Lohn kürzen.

Voila – fertig ist der perfekte Lohnklau!”

Was wir schon seit langem gesagt haben, jetzt

mit „niedrigen Qualifikationen“ arbeiten. Laut wird über den Hauswirtschaftlichen Dienst (HWD), die Steri und andere nachgedacht. Die Servicegesellschaft für technische Angestellte und den Pflegedienst ist auch noch nicht endgültig vom Tisch.



## Der Vorstand will noch mehr

Dies alles reicht aber immer noch nicht. Der Vorstand möchte mit ver.di eine Vereinbarung schließen, damit er für drei Jahre so gut wie keine Beiträge zur VBL zahlen muss. Der Vorstand bräuchte dann für drei Jahre nicht zu zahlen – wir hätten für die gesamte Dauer des Rentenbezugs eine kleinere Rente. Zum Schluss ein immer noch aktueller Teil aus unserer alten Ausgabe:

„Schließlich ist es kein Naturgesetz, dass in Service GmbHs weniger Lohn gezahlt wird.

Tarifverträge können auch dort verhandelt und erkämpft werden. Gute Überleitungstarifverträge sichern die Beschäftigten ab oder können die Lust der Arbeitgeber auf solche GmbHs spürbar dämpfen.“

soll es passieren. Der Vorstand hat beschlossen, dass der gesamte Bereich der Gastronomie nach §613a BGB an die eigene Tochter übergehen soll.

## Weitere Bereiche betroffen

Außerdem will er die Ausgründungen von weiteren Bereichen prüfen, insbesondere – aber nicht nur – von Bereichen in denen Menschen

## Der Widerstand beginnt sich zu formieren!

# Was bisher geschah

## 28.10.08 Protest vor dem Vorstandsgebäude



## 28.10.08 Protest vor dem Vorstandsgebäude



Am 28.10 protestierten über 200 Beschäftigte der Gastronomie und anderer Bereiche der Universitätsmedizin Göttingen (UMG) zu Beginn der Sitzung des Stiftungsausschuss Universitätsmedizin gegen die geplante Ausgründung und die damit beabsichtigte Lohnsenkung. Als Aufsichtsorgan des Vorstandes der UMG trägt der Stiftungsausschuss genau so viel Verantwortung wie der Vorstand für die Entscheidung, die Beschäftigten im Gastronomiebereich zum Jahreswechsel in die Gastronomie GmbH zu

überführen. Damit sollte eine um bis zu 35% niedrigere Bezahlung durchgesetzt werden.

## 29.10.08

### Aktion in der Aula am Wilhelmsplatz

Am 29. Oktober 2008 fand in der Aula am Wilhelmsplatz eine Feier der gesamten Universität anlässlich der ihr vor einem Jahr verliehenen „Exzellenz“ statt. Mit Sekt und Schnittchen wurde der Titel gefeiert. Einigen war nicht zum Feiern zumute: Ver.di-AktivistInnen aus der Uniklinik und der Universität erkletterten die Bühne, entrollten ein Transparent:



Forschung exzellent – Arbeitsbedingungen katastrophal  
Stopp Ausgründung und Lohnklau!

## Petition

Die gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten der Zentralküche, Mensa, Cafeteria und des Restaurant 2 haben nach dem 28. Oktober eine Petition an den Vorstand geschrieben und Unterschriften dafür gesammelt. 130 Unterschriften kamen zusammen, das heißt, es haben auch viele unterschrieben, die bereits die viel schlechteren Arbeitsverträge der GmbH haben. Das ist ein großartiger solidarischer Akt!

21.11.08

### Übergabe einer Petition der Gastronomie-Beschäftigten

Am 21. November erlebte der Vorstand in Gestalt von Frau Schulte eine Premiere: Vor Beginn eines Gesprächs des Vorstands mit VertreterInnen des Personalrats und von ver.di überreichte eine achtköpfige Delegation aus Zentralküche, Mensa, Cafeteria und Restaurant 2 eine Petition mit 130 Unterschriften. Praktisch alle Delegationsteilnehmer/innen trugen einzeln vor, was die Absenkung der Gehälter nach einer Ausgründung auf das „branchenübliche Niveau“ für sie persönlich bedeuten würde: alleinerziehende Mütter und Väter, Kolleginnen von außerhalb mit geringen Stundenverträgen, für die sich kaum mehr die Benzinkosten rechnen. Frau Schulte äußerte zwar Verständnis, unterstrich aber, dass der Sparkurs fortgeführt werden muss.

Gut, dann legen wir auch nach!!

5.12.08

### Resolution in der Stadtratssitzung und Kundgebung vor dem Rathaus

Am 5. Dezember 2008 wird von den Stadtratsfraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Gö/Linke ein interfraktioneller Antrag eingebracht, mit dem sich der Stadtrat gegen die Ausgründung der Zentralküche, Mensa etc. aussprechen soll.

Dazu mobilisieren GewerkschafterInnen aus den verschiedenen Arbeitsbereichen des Klinikums und versammeln sich vor der Ratssitzung vor dem Neuen Rathaus zu einer Kundgebung. Anschließend bilden sie vor dem Eingang zum Ratssaal ein Spalier mit Plakaten „Gegen Ausgründung“.



(c) S.Knoblach 2008



(c) S.Knoblach 2008

Trotz der ungerechten Vorstandspläne ist die Stimmung auf der Kundgebung nicht zuletzt bei den Gastronomiebeschäftigten selbst kämpferisch und entschlossen. Dazu trägt das gemeinsame Singen des Protestsongs „Ohne uns geht gar nichts!“ der Gruppe Zorn genauso bei wie die Redebeiträge etlicher Beschäftigter aus den verschiedenen Bereichen des Klinikums und der Landtagsabgeordneten Gabriele Andretta (SPD) und Patrick Humke-Focks (Linke). Hinzu kamen zahlreiche Solidaritätsadressen von Klinikkolleginnen und -kollegen aus Göttingen aber auch von anderen Krankenhäusern aus dem ganzen Bundesgebiet.

In der Debatte im Rat hat entgegen der üblichen Spielregeln eine Kollegin aus dem Restaurant der Uniklinik das letzte Wort. Sie beschreibt eindringlich die verheerenden sozialen und menschlichen Konsequenzen der geplanten Maßnahmen und macht deutlich, dass die Belegschaft bereit ist, sich gegen den Vorstand zu Wehr zu setzen: „Wir wollen uns in Zukunft von unserem Gehalt mehr leisten können, als gerade noch die Miete und das Brot bezahlen zu können. Wir werden um unsere Arbeitsplätze kämpfen.“

### Der Vorstand ist „not amused“

Die starke Kundgebung am 5.12., die Verabschiedung der Resolution durch den Stadtrat und ein ausführlicher Bericht im Göttinger Tageblatt am darauffolgenden Tag setzt den

Vorstand so weit unter Druck, dass er sich am Montag, 8. Dezember, genötigt sieht, in einer eigenen (zweiseitigen!!) Stellungnahme darauf zu reagieren.



Nur wenige Tage durfte dieses Transparent im September am Klinikum hängen.

Das Motto „Genug gespart“ der Kampagne für eine bessere Krankenhausfinanzierung passte wohl allzu gut zu den Sparplänen des Vorstands ...

17.12.08

### Resolution in der Kreistagssitzung

Am 17.12.08 beschließt auch der Kreistag in seiner Sitzung die Resolution gegen die Ausgründung der Gastronomie.



Wie auch schon bei der Aktion am Vorstandsgebäude, ist auch bei der Kundgebung am Neuen Rathaus eine Delegation der Studierenden vor Ort. Mir ihrem Transparent – und vor dem Vorstandsgebäude zusätzlich mit einem kritischen Redebeitrag – solidarisieren sie sich mit den Beschäftigten.

# Organizing an der Uniklinik Göttingen

Im September 2008 hat ver.di ein Pilotprojekt im Organizing an den Unikliniken in Göttingen und Hannover gestartet. Beim Organizing geht es um den systematischen und basisdemokratischen Ausbau von gewerkschaftlichen Strukturen. Ziel ist es, eine lebendige, offensive und vor allem durchsetzungsfähige gewerkschaftliche



Organisierung im Betrieb zu schaffen. Hintergrund sind die immer schlechter werden Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen. Wir denken an Gestaltung von Schichtplänen, Umgang mit Krankenrückgesprächen, teilweise respektlose Vorgesetzte, permanente Befristungen, Managemententscheidungen

ohne jede Kenntnis der Arbeitssituation auf Station oder im Bereich, ständig steigende Arbeitsdichte, die permanente Angst wegen den Ausgründungsdrohungen des Vorstands etc.. Die Liste der Gründe, sich gemeinsam als Beschäftigte an der Klinik organisiert zu wehren, kann bestimmt jede und jeder von Euch mit eigenen Erfahrungen aus dem unmittelbaren Arbeitsbereich ergänzen.

Die Idee ist einfach: Beschäftigte setzen sich zusammen und identifizieren gemeinsam ein erstes zentrales Problem. Zur Lösung des Problems entwickeln sie dann eine Kampagne, die genügend Druck auf den Arbeitgeber erzeugt, um die Ursachen des Problems zu beseitigen. So einfach die Idee, so klar ist auch, dass Erfolg oder Misserfolg von Organizing an der Bereitschaft der Beschäftigten hängt, für die Verbesserung ihrer eigenen Arbeitsbedingungen aktiv zu werden.



Gemeinsam mit über 130.000 Beschäftigten aus Krankenhäusern demonstrierten am 25. September auch Beschäftigte der Universitätsmedizin Göttingen in Berlin für eine bessere Krankenhausfinanzierung. Aufgerufen hatte ein breites Bündnis von Gewerkschaften, Arbeitgebern, Wohlfahrtsverbänden u.a. Es war die größte Demonstration im Gesundheitswesen in der Geschichte Deutschlands.

Beschäftigte der Gastronomie hatten einen Resolutionstext entworfen, der in den Rat der Stadt Göttingen eingebracht wurde:

## Gastronomie der Uniklinik nicht auslagern

Gemeinsame Resolution der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und GöLinke im Rat der Stadt Göttingen zur ordentlichen Sitzung des Rates der Stadt Göttingen

Der Rat möge beschließen:

Der Rat der Stadt Göttingen erklärt sich solidarisch mit den Beschäftigten der Gastronomie in der Universitätsklinik Göttingen, die um ihre Arbeits- und Lebensbedingungen fürchten und fordert den Vorstand der Universitätsmedizin Göttingen auf, seine Entscheidung über die Überführung der Beschäftigten aus den Bereichen Zentralküche, Mensa, Cafeteria und Restaurant in die UMG Gastronomie GmbH zurück zu nehmen.

Der Rat der Stadt Göttingen empfiehlt, alle Mitarbeiter in dem schwierigen Sanierungsprozess mitzunehmen und sie nicht durch eine Ausgründung aller nicht zum Kerngeschäft der Klinik gehörenden Sekundärprozesse von der Universitätsmedizin Göttingen abzukoppeln.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Vorstand der Universitätsmedizin Göttingen von dieser Resolution in Kenntnis zu setzen.

### Begründung

Der Vorstand der Universitätsmedizin Göttingen hat beschlossen, die Gastronomie des Universitätsklinikums zum 01.01.2009 vollständig auszugründen. Die Gastronomie umfasst die Bereiche Zentralküche, Mensa, Cafeteria und Restaurant. Nachdem bereits im Jahr 2006 die UMG Gastronomie GmbH als 100 prozentige Tochtergesellschaft der Universitätsmedizin Göttingen (UMG), Georg-August-Universität, gegründet wurde, sollen jetzt die ca. 150 Gastronomie-Beschäftigten aus dem Bereich des TV-L in die GmbH mit ihren anderen Tarif- und Arbeitsbedingungen überführt werden.

Diese Überleitung hat zur Folge, dass die Beschäftigten unter Berücksichtigung der Arbeits- und Urlaubszeiten sowie der Einmalzahlungen und Zulagen für die gleiche Arbeit bis zu 30% weniger Gehalt bekommen. Die Beschäftigten in den Bereichen Zentralküche, Mensa, Cafeteria und Restaurant gehören gewiss nicht zu den Spitzenverdienern in der Universitätsmedizin Göttingen, der Vorstandsbeschluss verlangt ihnen jedoch einen unangemessen hohen persönlichen Beitrag zum Sanierungsprogramm ab.

Die Beschäftigten wollen nicht in Existenzangst leben. Die Ausgründung zerstört Existenzgrundlagen, die sie sich jahrelang aufgebaut haben. Die Beschäftigten wollen nicht, dass ihr Gehalt nur noch dafür reicht, die Miete und das Brot zu bezahlen. Die Beschäftigten brauchen Arbeitsplätze, von denen sie und ihre Familien leben können. Viele von ihnen sind alleinerziehend und sind für ihre Kinder verantwortlich. Es kann nicht sein, dass sie nach einer Ausgründung gezwungen sind, Nebenjobs anzunehmen oder auf ergänzende staatliche Leistungen angewiesen sind.

Die Universitätsmedizin Göttingen ist der größte Arbeitgeber in der Region Göttingen. Damit trägt der Vorstand der Universitätsmedizin Göttingen nicht nur die Verantwortung für einen wirtschaftlichen und effizienten Krankenhausbetrieb, sondern auch eine große soziale Verantwortung über das eigene Haus hinaus.

## ver.di-Erfolg bei den Hochschulwahlen

Erfolg bei den Hochschulwahlen: Die ver.di-Liste hat bei den Hochschulwahlen sowohl ihren Sitz im Senat als auch im Fakultätsrat verteidigt. Im Senat sitzt als Vertreterin für ver.di Elke Zufall-Roth (Universität), erste Stellvertreterin ist Christina Schäfer (Universitätsmedizin).

In den Fakultätsrat der UMG gewählt wurde für ver.di Christina Schäfer, erster Stellvertreter ist David Hunt.



## Zeitschiene Tarifrunde 2009

Verhandlungstermine:

**19.01.09 Erster Termin**

**26.01.09 Zweiter Termin**

**14.02.09 Dritter und bisher letzter Termin**

Nach den Ankündigungen von Möllring wird sich beim zweiten Termin vermutlich rausstellen, dass die Arbeitgeber kein akzeptables Angebot machen werde.

Ohne massive Warnstreiks zwischen dem zweiten und dritten Verhandlungstermin dürfte sich daran auch wenig ändern.

# Warnung!!!!

In den ersten beiden Februarwochen ist in Südniedersachsen und bundesweit verstärkt mit Warnstreikaufrufen zu rechnen. Beschäftigte der Länder sind nicht mehr aufzuhalten. Achten Sie auf Aushänge und Hinweise. Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie ... am besten Ihre Gewerkschaft.